

Krafsauer Zeitung.

Nr. 285.

Donnerstag den 14. December

1865.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-
Preis für Krafsau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierwöchige Petition 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Ein-
richtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Insertionsbestellungen und
Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Anzeigen werden franco erbeten.

Dedication, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Schiffsäpricht Mariae für das Martins- et- Vatikan die f. f. Räume verliehen zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. December d. J. Allerhöchstes Minister des Kaiserlichen Hauses und des Neuen F. M. Alexander Grafen von Wensdorff-Pouilly allernächstig zu gestatten geruht,

dass ihm verliehene Großkreuz des großherzoglich toskanischen St. Josephs-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. December d. J. allernächstig zu gestatten geruht,

dass der kürfürstlich hessische Consul in Wien Mar Tres-

bis sich den ihm verliehenen Titel und Charakter eines kurhessischen Generalsconsul annehmen und denselben führen dürfe.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. December d. J. dem Sekretär bei dem f. f. evangelischen Oberkirchenrathe Augsburger und helvetischen Con-

fession in Wien Johann Baptist Schneiderei bei seinem Ueber-

tritt in den bleibenden Aufenthalt in Anerkennung seiner vieljäh-

igen stets eifrigsten und pflichtgetreuen Dienstleistung das goldene

Berdienstkreuz allernächstig zu verleihen geruht.

Richtamtlicher Theil.

Krafsau, 14. December.

Rückblick auf die Adress-Verhandlungen der Landtage.

* Die Adressdebatte sind nun in fast allen Landtagen der westlichen Königreiche und Länder geschlossen. Von den Landtagen, die sich angespielt haben, die Verfassungsfrage in Beratung zu ziehen, verhielten sich nach Kenntnisnahme der Septemberakte die Landtage von Tirol, Görz und das Municipium von Triest, wie auch die Landtage von Salzburg und Vorarlberg bisher ganz passiv; die Landtage von Dalmatien, Istrien und Galizien votirten in ihren Forderungen zufriedenstellen wollten, sind diese Forderungen gleichlautend? sind sie nicht divergirend? Ist die Einberufung des engeren Reichsrathes faktisch möglich? Und wird man nicht die Erledigung der Reichsfrage von den nichtdeutschen Völker als einer der wichtigsten Angelegenheiten betrachtet, der alle festgestellten Protestanträge angenommen, wie denn auch der mährische Landtag die Resolution Gisfra's verworfen hat. Dagegen haben die Landtage von Nieder- und Oberösterreich, von Steiermark, Schlesien und Kärnthn Adressen votirt, die in ihren Forderungen einander abweichen. In dem der niederösterreichische Landtag die Einberufung des engeren Reichsrathes und die Vorlage der Verhandlungsbefolge der östlichen Landtage jenseits der Leitha an den Reichsrath fordert, will der oberösterreiche Landtag beschlossen jedoch motivirten Übergang zur Tagesordnung. Was die Adresse des schlesischen Landtages betrifft, so unterscheidet sie sich wesentlich von den Adressen, die in diesen Landtagen auf Grund des Wiener Entwurfs angenommen wurden. Sie knüpft direkt an die Septemberakte an, indem sie die Ueberzeugung des erwähnten Landtages dahin formuliert, daß an dem Grundgesetz verfassungsmäßiger Vereinbarung zwischen der Krone und den legalen Vertretern festzuhalten werden solle. Sie fordert nicht heilsätig die Sitzung der Sitzung, sie wünscht nur diese leichte auf die möglichst engen Gränzen beschränkt und die Verhandlungsbefolge mit Ungarn dem engeren Reichsrath vorgelegt zu sehen und hiebei ist insbesondere noch hervorzuheben, daß die Adresse des schlesischen Landtages nicht in einen besonderen Antrag ausläuft, sondern lediglich mit der Bitte einer geneigten Berücksichtigung ihres Inhalts schließt. Die Adresse des böhmischen Landtages offenbart in vollem Grade den Ton der Mäßigung, spricht die Ueberzeugung aus, daß die verfassungsmäßige Rechtsgestaltung, erzielt durch das freie Zusammenhalten aller Völker Österreichs, in der freien Theilnahme aller, ihre volle Kraft und Bedeutung und die sicherste Gewähr ihrer Dauer finden wird, und nimmt schließlich die allerhöchste Zuversicherung, daß die Ergebnisse der Verhandlungen, welche zunächst mit dem ungarischen und dem kroatischen Landtage eingeleitet werden müssen, vor der allerhöchsten Schlusssitzung den legalen Vertretern der übrigen Königreiche und Länder vorgelegt und deren Aussprüche als gleichgewichtig gewurdigt werden sollen, mit ehrfurchtsvollem Danke entgegen. Nachdem sich nun auch der Salzburger und Vorarlberger Landtag entschlossen haben, in dieser Woche die Adressdebatte zu eröffnen, und die Verhandlungsbefolge der übrigen Landtage ihnen bereits vorliegen, so ist zu gewärtigen, daß dieselben nicht wiederholt, daß Se. f. f. Hoheit nicht daran denkt, seine Candidatur aufzugeben.

Die preußische Note in der Frankfurter Anzeigezeitung, die, wie erwähnt, am 12. d. in Wien eingetroffen, ist bereits beantwortet. Der Inhalt der Atenstück ist noch nicht bekannt. Bis jetzt verharrete das preußische Cabinet bei seiner Theorie von einer Sonderstellung Frankfurts und beruft sich hierfür auf Art. 46 der Wiener Congreßakte, auf Art. 53 der Wiener Schlusssatz und einige Bundesbeschlüsse. Aber selbst zugegeben — wandte das österreichische Cabinet ein — es sei durch jene Bestimmungen dem Bunde ein Recht eingeräumt, die Verfassungsangelegenheiten der freien Stadt zu überwachen, so stände dieses Recht doch eben nur dem Bunde, nicht einzelnen Bundesgliedern zu, und dann handelt es sich in vorliegenden Fällen nicht um Verfassungsfragen, sondern um das Vereinswesen, um Angelegenheiten der Staatspolizei. Es scheint daher das österreichische Cabinet entschlossen, bei seinem Vorschlag, daß der Bund aufgefordert werde, die von ihm im Jahre 1854 aufgestellten Grundzüge einer Vereinssatzung in den einzelnen Bundesstaaten zu republizieren, zum wenigsten die beiden ersten Artikel derselben, zu beharren, keineswegs aber die Hand dazu zu bieten, daß Frankfurt, weil es ohnmächtig, anders behandelt werde, wie die übrigen Bundesglieder.

Über die Candidatur des Großherzogs von Oldenburg ist zwischen der Hamb. Börse und einem in Hannover erscheinenden Blatte ein kleiner Streit entbrannt. Der Berliner Berichterstatter des Hamburger Blattes hält seine Behauptung aufrecht, daß der Großherzog von Oldenburg von seiner Candidatur zurückgetreten sei, ohne daß dieser indessen darüber in Berlin eine bindende Erklärung abgegeben habe. Dagegen versichert die „Nordsee-Ztg.“, welche man allerdings für unterrichtet halten darf, wiederholt, daß Se. f. f. Hoheit nicht daran denkt, seine Candidatur aufzugeben.

Das „Journal de Bruxelles“ bringt den Text des Telegrammes, welches Kaiser Napoleon anlässlich des

vorgezeichnet und die große Majorität der legalen Vertreter der Königreiche und Länder betreten hat. Diese Majorität hält aber fest an dem vorgestellten Ziele der kaiserlichen Regierung, das kein anderes ist, als die Vereinigung der Völker Österreichs zu einem großen Ganzen auf Grundlage der Theilnahme der Völker an der Gesetzgebung. Und dieses Ziel kann auf dem einzigen möglichen und sichersten Wege der freien Vereinbarung erreicht werden, auf dem, wenn auch etwas langwierigen Wege, den die Regierung betreten und die große Majorität der Völker Österreichs gebilligt hat. Die Rechtsverwahrungen der deutschen Landtage sind allerdings nicht gegen die Ziele, sondern nur gegen die etwaigen Consequenzen der eingeleiteten Action gerichtet, und liegt ihnen die einzige Besorgniß zu Grunde, die Völker Österreichs könnten den ihnen bisher erhaltenen Freiheiten und Rechten verlustig gemacht werden. Diese Besorgniß ist aber im Hinblick auf die feierliche Gewährleistung der verliehenen Rechte und Freiheiten sowohl in der Verfassung als im Septembermanifeste eine unbegründete und deshalb kann auch die Regierung auf Grund der von den deutschen Landtagen gemachten Anträge von dem eingeschlagenen Weg nicht abweichen, umso weniger als auch die dienen Anträgen zu Grunde liegenden Petits so verschieden sind, daß dieselben schon ihrer Divergenzen wegen nicht berücksichtigt werden können. Uebrigens glauben wir, haben es die protestierenden Landtage nicht blos mit dem Ministerium Belcredi, sondern mit der großen Majorität der Bevölkerung des Reiches zu thun, die das Septembermanifest mit der Hoffnung begrüßt hat, daß es dem Monarchen gelingen werde, den verderblichen Verfassungskonflikt ein glückliches Ende zu machen. Allein zugegeben, daß die Regierung die deutschen Landtage

in ihren Forderungen zufriedenstellen wollte, sind diese Forderungen gleichlautend? sind sie nicht divergirend? Ist die Einberufung des engeren Reichsrathes faktisch möglich? Und wird man nicht die Erledigung der Reichsfrage von den nichtdeutschen Völkern als einer der wichtigsten Angelegenheiten betrachtet, der alle festgestellten Protestanträge angenommen, wie denn auch der mährische Landtag die Resolution Gisfra's möglicherweise nicht erledigen wird? Wenn wir aber weiter auch jenes vertrauen aufsetzen, daß die Regierung die deutschen Landtage

Pettit ins Auge fassen, daß die Verfassungsvorschläge der östlichen Landtage nach der einen Version dem engern, nach der anderen dem weiteren Reichsrath vorgelegt werden sollen, so muß vollends klar werden, daß damit nur eine Unmöglichkeit verlangt wird und daß selbst in dem Falle, als die mit der Regierungsaktion einverstandene große Majorität des Reiches nicht in die Wagzhale fallen würde, so einander widersprechende Forderungen der deutschen Landtage eine Berücksichtigung nicht erfahren und die Regierung nicht bestimmen könnten, auf dem eingeschlagenen Wege einzuhalten, geschweige ihn zu verlassen.

Die preußische Note in der Frankfurter Anzeigezeitung, die, wie erwähnt, am 12. d. in Wien eingetroffen, ist bereits beantwortet. Der Inhalt der Atenstück ist noch nicht bekannt. Bis jetzt verharrete das preußische Cabinet bei seiner Theorie von einer Sonderstellung Frankfurts und beruft sich hierfür auf Art. 46 der Wiener Congreßakte, auf Art. 53 der Wiener Schlusssatz und einige Bundesbeschlüsse. Aber selbst zugegeben — wandte das österreichische Cabinet ein — es sei durch jene Bestimmungen dem Bunde ein Recht eingeräumt, die Verfassungsangelegenheiten der freien Stadt zu überwachen, so stände dieses Recht doch eben nur dem Bunde, nicht einzelnen Bundesgliedern zu, und dann handelt es sich in vorliegenden Fällen nicht um Verfassungsfragen, sondern um das Vereinswesen, um Angelegenheiten der Staatspolizei. Es scheint daher das österreichische Cabinet entschlossen, bei seinem Vorschlag, daß der Bund aufgefordert werde, die von ihm im Jahre 1854 aufgestellten Grundzüge einer Vereinssatzung in den einzelnen Bundesstaaten zu republizieren, zum wenigsten die beiden ersten Artikel derselben, zu beharren, keineswegs aber die Hand dazu zu bieten, daß Frankfurt, weil es ohnmächtig, anders behandelt werde, wie die übrigen Bundesglieder.

Über die Candidatur des Großherzogs von Oldenburg ist zwischen der Hamb. Börse und einem in Hannover erscheinenden Blatte ein kleiner Streit entbrannt. Der Berliner Berichterstatter des Hamburger Blattes hält seine Behauptung aufrecht, daß der Großherzog von Oldenburg von seiner Candidatur zurückgetreten sei, ohne daß dieser indessen darüber in Berlin eine bindende Erklärung abgegeben habe. Dagegen versichert die „Nordsee-Ztg.“, welche man allerdings für unterrichtet halten darf, wiederholt, daß Se. f. f. Hoheit nicht daran denkt, seine Candidatur aufzugeben.

Das „Journal de Bruxelles“ bringt den Text des

Ablebens des Königs Leopold I. von Belgien an dessen bürokratische Verfahren in der administrativen und polizeilichen Thätigkeit vereinfacht? Wer die eingewirkten Pächter gegeben? Wer die Ausübung der Polizei auf die Ortsbehörden übertragen? Wer hat mehr den Weg zum Selbstgovernment der Gemeinden, zur Autonomie der Kronländer gebahnt? Wer hat die ausländischen Aktiengesellschaften und Actien-Commanditgesellschaften zur Durchführung ihres Interesses in Österreich zugelassen, um durch sie den Wohlstand und die Produktion des Landes zu erhöhen? Wer hat in gleicher Absicht, an Abschlüssen von Handelsverträgen mit den auswärtigen Mächten gedacht? Wer endlich gewagt, ohne Rücksicht auf nachbarliche Verhältnisse, dem Monarch zu raten, daß er nicht anstehe, der Stimme des edlen Herkules zu gehorchen und seine Gnade allen für politische Zwecke zu ertheilen? Wer hat, in gleicher Absicht, an Abschlüssen von Handelsverträgen mit den auswärtigen Mächten gedacht? Wer endlich gewagt, ohne Rücksicht auf nachbarliche Verhältnisse, dem Monarch zu raten, daß er nicht anstehe, der Stimme des edlen Herkules zu gehorchen und seine Gnade allen für politische Zwecke zu ertheilen?

In Paris ist ziemlich allgemein die Meinung verbreitet, daß der Tod des Königs der Belgier zu Vergessen leidenden Personen angelebt zu lassen? Das Um dies alles zu ermöglichen, damit die Freiheit, Siecle geht sogar so weit zu behaupten, daß zwischen den Großmächten ein Abkommen bestehen, wonach Belgien unter Holland, Frankreich und Preußen gesetzlich werden soll; Holland würde Antwerpen und Umgegend, Frankreich Flandern und Brabant, und

Preußen ganz Luxemburg mit einem Theile von Limburg erhalten. Diese Nachricht trägt nur allerdings der Landtag, das Land und die Regierung stehen bei das Gepräge der Unwahrheit an der Stirn (die „Independance belge“ bezeichnet sie geradezu als Unsum); allein es bleibt doch immerhin bezeichnend für die Stimmung, daß solche Gerüchte austauschen und Verbreitung finden. Eines derselben will wissen, ein Theil belgischer Officiere sympathistisch offen mit Frankreich und die clerical Partei Belgien wolle den Tod des Königs benutzen, um eine Bewegung zu Gunsten über, nämlich die Bureaucratie als das Extract aller Frankreichs hervorzurufen, an deren Spitze sich mehrere Regimenter stellen würden.

„La France“ dementirt, daß zwischen dem englischen und französischen Cabinet ein Notenaustausch, die Eventualität des Hinscheidens des Königs der Belgier betreffend, stattgefunden habe.

Das Abendblatt der „Presse“ vom 12. d. publiziert eine Depêche Lamarmora's in Betreff der Beziehungen Österreichs zu Italien, welche die vorläufige Unmöglichkeit des Ausgleiches konstatirt.

Die spanische Regierung hat Miss Rosas zum Präsidenten der Cortes acceptirt. In ganz Spanien haben bei den letzten Wahlen 227.000 Wähler abgestimmt.

Eine Anzahl spanischer Bischöfe hat sich zu einem Protestschreiben gegen die Anerkennung Italiens durch Spanien zusammengethan. Im Staatsrath sollten am 6. December die Verhandlungen über diesen Schritt der clericalen Liga beginnen.

Der „Ezras“ bespricht heute die Reise Sr. Majestät nach Pest und den Ausgleich mit Ungarn. Der „Ezras“ legt weniger Gewicht darauf, daß der ungarische Constitutionalismus — denn „was der Reichsrath nicht vollbracht, soll der ungarische Reichstag vollführen“ — seitens der Leitha und Karpathen absolutische Regierungsformen verlangen könnte, da gerade die Assimilirung den Zusammenhang und die Congruenz allgemeiner und gemeinsamer Interessen erleichterte, sondern darauf, daß die nichtungarischen Länder in diesem neuen Complex der Monarchie ihre Individualität gesichert fänden. Das dualistische System führt notwendig früher oder später zur Centralisation, wenn auch ihre Idee der Krone und ihren heutigen Rathgebern wie den Gesetzgebern in Pest fern liege. Diese Anfangs zweifache Centralisation müßte sich in eine einfache verschmelzen, denn ihre beiden Hälften gehen am Gipfel immer in der Krone zusammen und hätten gemeinsame Hauptwerkzeuge und Mittel, der Macht: Heer, Finanzen, Diplomatie. Nicht um den Constitutionalismus kümmert sich also der „Ezras“, sondern um Autonomie, denn er verlangt nicht Liberalismus, sondern wahre Freiheit. Vom Ausgleich der Krone aber mit dem Pester Reichstag hängt es ab, ob er das Morgenrot der selben erblicken werde.

Ein Reporter des „Ezras“ macht den Vorschlag, die Diäten der galizischen Landtagsabgeordneten ganz aufzuheben; wenn ein Unbemitteltes zum Abgeordneten gewählt werde, meinte er, sollen die Wähler selbst für seinen Unterhalt sorgen, wie es in Italien und England der Fall sei. Es wäre sehr schön, bemerkte die „Gaz. nar.“, wenn alle galizischen Wähler dieselbe politische Bildung hätten, wie in jenen Ländern. Da es sich aber bei uns anders verhält, wäre es gleichsam ein den Wählern auferlegter Zwang, nur sehr Vermögende in den Landtag zu wählen.

Der vom Landtag schreibende Lemberger + Correspondent des „Ezras“ (vom 11. d.) constatirt, daß eine ansehnliche Zahl polnischer Abgeordneten sich wegen der unanständigen Ausdrucksweise der „Gaz. nar.“ hinsichts der letzten Ansprache des Fürsten Wladyslaw Sanguszko in der Person eines ihrer würdigsten Collegen stark beleidigt gefühlt hat.

Die „Gaz. Lwowska“ bringt einen Artikel über die Hebung der galizischen Credit-Gesellschaft. Die Ursache des niedrigen Courses ihrer Pfandbriefe sieht sie in dem zu geringen Zinsfuß von 4 Prozent, weshalb diese Papiere auf den europäischen Märkten nicht gesucht sind und selbst im Lande $\frac{1}{3}$ unter dem Nominalwert stehen. Hierbei, meint die „Gaz. Lw.“, kann eine Anleihe der Creditgesellschaft dem Zweck nicht entsprechen, denn sie dient gewöhnlich zur Abdahlung der Schulden der ersten Hypothek, deren der Schuldner nicht durch einmalige Zahlung, sondern durch die allmäßige Amortisation sich entledigen kann.

Bei dem schlechten Course ist dies jedoch unmöglich, denn womit soll das $\frac{1}{3}$ der Schuld ergänzt werden, das im niedrigen Course verloren geht. Dies nötigt den von der Anleihe Gebrauch machenden sich seiner Pfandbriefe zu entäufern und damit also die einzige Annahmlichkeit und den höheren Werth der Anleihe zu verlieren. Soll nun der Course dieser Papiere gehoben werden, ist es nötig, ihren Zinsfuß von 4 auf 6% zu erhöhen. Die schon emittierten Pfandbriefe müßten bei ihrem früheren Verbleib, die Reform Schmerling'schen Cabinets. Welche bisher in Österreich genossene Freiheit — rast er aus — wurde durch die Suspenditur des Februar-Patentes aufgehoben oder beschränkt? Hat sie den H. H. Kaiserfeld, Berger, Mühlb. Herbst, Gisfra und Consorten den Mund geschlossen? Wann genoss die österreichische Presse eine p. G. tragen. Die 6% für Pfandbriefe wären für die Gutsbesitzer vortheilhafter, denn so könnten sie al parisi

Amtsblatt.

Kundmachung.

(1269. 1)

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Preßgericht in Benedig hat mit den Erkenntnissen vom 8. d. M., 3. 17265, 17266, 17296 und 17297, nachbenannte Druckschriften und Zeichnungen wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lt. a. St. G. verboten:

1. Die Nr. 302 der in Florenz erscheinenden Zeitschrift „Il Diritto“ vom 4. d. M.

2. „L'equilibrio europeo compromesso dalla politica dell'Austria contro l'Ungaria — Cenni storici di un emigrato ungherese, tradotti da un giornalista Italiano, — Torino 1864. Tipografia Artero e Comp., Via Cavour Nr. 18, Casa del March. della Rovere.“

3. Die Nr. 1 und 2 der in Florenz erscheinenden Zeitschrift „Archivio politico Italiano, cronaca del movimento politico-amministrativo, legislativo, Raccolta di atti, documenti e notizie statistiche.“

4. Delle condizioni civili ed economiche delle Province italiane, tuttora sotto al dominio dell'Austria, per Fedretti Carlo. Milano, tipografia dei fratelli Borroni 1865.

Koral, p. S. Horowitz do rąk własnych, zaś ci wierzyście, którymby niniejsza uchwała albo wcale nie, albo w należytym czasie doręczona nie została, i ci, którzy po dniu 2 maja 1863 do tabuli krajowej na hipotece dóbr Czechówka wesli, przez kuratora w osobie p. adwokata Dra. Schönborna z substytucją p. adw. Dra. Rosenblata im dodanej i przez edyktą zawiadomieni zostają.

Kraków, dnia 13 listopada 1865.

3. 23209. Edict. (1256. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte als Handelsgerichte wird auf Grund der Anzeige der Zahlungsbeinstellung, daß Ausgleichsverfahren über das sämmtliche bewegliche und das in denjenigen Ländern, für welche die Jurisdicitionsnorm vom 20. November 1862 N. 97 k. G. Bl. wirksam ist, befindliche unbewegliche Vermögen des A. Tobias, protocollirten Rosogloßfabrikanten in Milówka eingesetzt.

Zur Beschlagnahme und Inventurung des Vermögens, dann zur Leitung des Ausgleichsverfahrens wird der k. k. Notar Herr Dr. Necht als Gerichtscommisär ernannt, mit dem Beifügen, daß der Zeitpunkt zur Annahme der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung selbst, durch denselben insbesondere werde kundgemacht werden, daß es jedoch jedem Gläubiger freistehet, seine Forderung mit der Rechtswirkung des § 15 obigen Gesetzes gleich anzumelden.

Krakau, am 11. Dezember 1865.

3. 12658/pr. Kundmachung. (1266. 2)

Mit der Verordnung des k. k. Staatsministeriums vom 6. Mai 1863, Reichsgesetzblatt Nr. 42, wurde auf Grund der Allerl. Entschließung vom 29. April 1863 in jenen Ländern, in welchen keine Kreisbehörden bestehen, der im Kaiserl. Patent über die Auswanderung und unbefugte Abwesenheit dto. 24. März 1842 den Kreisämtern zugewiesene Wirtschaftskreis außerhalb der, der Landesstelle unmittelbar unterstehenden Städte an die Bezirksämter und in den genannten Städten den Landesstellen überlassen.

Laut Erlasses des hohen Staatsministeriums dto. 30. November 1865, 3. 5529, wird diese Verordnung in Folge der Aufhebung der galizischen Kreisbehörden auch auf Galizien mit Kraft ausgedehnt.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium Lemberg, am 8. Dezember 1865.

Nr. 33845. Kundmachung. (1258. 3)

Der Ausbruch der Kinderpest zu Głęboka im Sambořickim Kreise und die aus diesem Anlaß erfolgte Einstellung der Hornischmärkte in Starasol, Staromiasto, Felsztyn und Chirów wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 6. Dezember 1865.

Edikt. (1261. 2-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie wiadomo czyni, iż na skutek wezwania c. k. Sądu krajowego Lwowskiego z dnia 11 października 1863 do I. 44935 w celu zaspokojenia należących się gal. Towarzystwu kredytowemu od p. Szczępana Starowiejskiego jako właścieliu dóbr Czechówka kapitałów w sumach 6061 złr. 28 kr. i 606 złr. 64 kr. w. a. wraz z prowizją 4% od dnia 1 lipca 1863 liczyć się mająca, tudzież z prowizją zwłoki od pojedynczych przypadków rat w połroczych równych kwotach 193 złr. i 15 złr. m. k. czyli 204 złr. 75 kr. i 15 złr. 75 kr. w. a. od dnia 1 lipca 1863 zalegających, za każdą pojedynczą zapadłą ratę od dnia przypadłości aż do dnia uiszczenia po 4%, liczyć się mająca, nakoniec kosztów w ilości 11 złr. 26 kr. w. a. publiczna sprzedaż dóbr Czechówka, w dawniejszym Bocheńskim a teraz Krakowskim obwodzie, powiecie Podgórkim położonych, według Dom. 387, pag. 452, n. 10 haer. p. Szczępana Starowiejskiego własnych, w trzech terminach, t. j. dnia 18 stycznia 1866, 15 lutego 1866 i 15 marca 1866, każda raz o godzinie 10 rano, w c. k. Sądzie kraju w Krakowie się odbędzie.

Za cenę wywołania stanowi się wartość przy udzieleniu pożyczki na podstawie wykazu buchhalterycznego przyjęta w sumie 31896 złr. 52 1/4 kr. m. k. czyli 55491 złr. 72 kr. w. a.

W pierwszych dwóch terminach wystawione na publiczną sprzedaż dobra Czechówka tylko powyżej ceny wywołania, lub przynajmniej za cenę wywołania sprzedane będą. Przy trzecim terminie dobra Czechówka zostaną sprzedane także za cenę, zaspokajającą wszystkie długi hipoteczne, jeżeliby zaś przy trzecim terminie za powyższe dobra nikt nie ofiarował ceny wyrównywającej sumie wierztytelności na owych dobrach zahipotekowanych, to do przesłuchania wierzycielni w myśl § 148 P. C. wyznacza się audycję na dzień 15 marca 1866 o godzinie 4 po południu.

Każdy choć kupując mający winien jest 40 części ceny wywołania w sumie 3200 złr. m. k. czyli 5360 złr. w. a. w gotowinie w książeczkach gal. kasy oszczędności, w listach zastawnych gal. stan. Towarzystwa kredytowego lub gal. obligacyjach indemnizacyjnych z kuponami odpowiednim podług kursu, w ostatniej gazecie Krakowskiej notowanego, nigdy jednak nad wartością nominalną takowych, liczyć się mających, do rąk komisji licytacyjnej jako wady um czyli zakład zły, które to wady w gotowinie złożone, najwięcej ofiarującemu w cenie kupna ofiarowaną wrachowane, innym zaś licytującym zaraz po zamknięciu licytacji zwrócone zostanie.

Wyciąg buchhalteryczny i wyciąg tabularny dóbr Czechówka, jak również biższe warunki licytacji w rejestraurze c. k. Sądu krajowego w Krakowie przejrzać może.

O czem c. k. Sąd krajowy we Lwowie, dyrekcja Towarzystwa kredytowego, p. Szczępan Starowiejski, c. k. Prokuratura skarbową w Krakowie imiem niemysk. skarbu i funduszu indemnizacyjnego, p. Pinkas

den Überbringer laufenden Staatschuldverschreibungen, oder in galizisch-ständischen Pfandbriefen, in den gedachten Wertpapieren aber nur nach dem letzten, vom Erleger auszuweisenden Course und nicht über deren Nennwert als Badium zu Handen der Teilbietungskommission zu erlegen. Das Badium des Erstehers wird zur Sicherstellung der Teilbietungsbedingnisse zurückbehalten, das der übrigen Mitbietenden aber gleich nach beendetem Teilbietung zurückgestellt werden.

3. Der Kaufschilling ist in zwei gleichen Raten, die erstmals binnen 30 Tagen nach Zustellung des den Teilbietungssact zu berichtigenden Bescheides, die zweite ebenfalls binnen 30 Tagen nach Rechtskräftigwerdung der Zahlungsordnung und in Gemäßheit derselben durch baaren Betrag an das h. g. Depositentamt oder durch Übernahme vor, nach Maßgabe des Meistbotes zur Befriedigung gelangenden Sagposten zu berichten, wobei es dem Käufer unbenommen ist, den ganzen Kaufschilling auch früher auf einmal, oder in kürzeren Fristen, so weit keine Auffindung im Wege steht, zu berichten. Jene aus dem Meistbote zur Befriedigung gelangenden Sagforderungen aber, deren Zahlung vor Ablauf der etwa bedungenen Auffindungsfrist nicht angenommen werden wollte, hat der Käufer in seine Zahlungspflicht zu übernehmen und über das diesfällige, so wie über ein etwaiges anderweitiges, mit den Gläubigern getroffenes Nebenkommittat binnen der obigen Frist sich auszuweisen.

4. Der Käufer erhält sogleich nach Berichtigung der ersten Rate des Kaufschillings das Recht zum physi- chen Genuss und Besitz der erstandenen Güter, es gebühren ihm von denen alle noch nicht bezogenen Nutzungen und Vortheile, anderseits aber treffen ihn von demselben Zeitpunkte an alle Steuern, Gemeindeabgaben und sonstige öffentliche Lasten, so wie auch alle Gefahren, insbesondere die des Feuers und Wassers. Auch hat er von eben dieser Lage an die restliche Hälfte des Kaufschillings mit jährlichen 5% halbjährig verfallen zu verzinsen.

5. Dem Ersteher wird zu seiner Sicherstellung das Befugnis eingeräumt, sogleich nach geschlossener Teilbietung alle aus dem diesfälligen Protocole und aus den gegenwärtigen Bedingnissen ihm erwachsenen Rechte bei den erstandenen Gütern auf seine Kosten pfandweise gründbücherlich einverleiben zu lassen.

6. Nach vollständiger Berichtigung des Kaufschillings und rücksichtlich des darüber zu erstattenden Auswesens steht es dem Käufer bevor, um die gerichtliche Einantwortungskunde angulangen und sohn die bücherliche Eintragung seines Eigentumsrechtes zu erwirken. Die für die Übertragung des Eigentumes zu entrichtende Gebühr ist vom Ersteher allein aus Eigenem zu bestreiten.

7. Sollte der Ersteher die hier gestellten Zahlungsbedingungen nicht erfüllen, so steht es der die Executio führenden Administration frei, die Güter auf seine Gefahr und Kosten auch bei einer einzigen Teilbietung und selbst unter dem SchätzungsWerthe hintangeben zu lassen, in welchem Falle der ursprüngliche Ersteherr für den allfälligen Ausfall am Kaufschilling nicht nur mit dem erlegten Bodium, sondern auch mit seinem sonstigen Vermögen haftet.

8. Der Landtafelauflauf, der Schätzungsact und das ökonomische Inventar der genannten Güter können in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen, oder auch in Almanach erhaben werden.

Die Einsicht der Teilbietungsbedingnisse, des Landtafelauszuges und des Schätzungsacts kann in der h. g. Registratur stattfinden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 20. November 1865.

L. 22968. Edykt. (1257. 2-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie na zrobione przez Samuela Eibuschitz protokołowanego przedsiębiorcy budowy w Krakowie doniesienie o wstrzymaniu wypłat, zarządza względem całego ruchomego i nieruchomości w krajach koronnych, dla których prawo z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97, Dz. pr. p. jest obowiązujące, znajdującego się majątku, postępowanie ugodne, — mianuje zarazem c. k. notariusza Mueckowskiego komisara sądowym do uszczepienia zajęcia, sporządzenia iuwentarza majątku, tudzież do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tem dołożeniem, że tenże komisarz sądowy termin do zgłoszenia się z wierztyelnosciami i wezwanie do układu ugodnego sam ogłos, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 powołanego prawa, zaraz się zgłosić.

Kraków, dnia 6 grudnia 1865.

3. 13324. Edykt. (1255. 3)

Vom k. k. Kreisgerichte wird hiermit bekannt gegeben, daß zur Vornahme der vom k. k. Landesgerichte Wien mit Beschluss vom 30. Juli 1858, 3. 34563 und rücksichtlich mit Beschluss vom 19. August 1865, 3. 54772 bewilligten executivem Teilbietung der, der Frau Eleonore Fihauer und der Nachlassmasse des Heinrich Fihauer gehörigen Güter Odporyszów sammt Altinentien Nieciecza, Podlesie um Anteil Zabno, Tarnower Kreises, mit Ausnahme der für diese Güter ermittelten Urbaniamentshärtigung zur Sicherbringung der für die mit der ersten österr. Sparcasse vereinigte allgemeine Versorgungsanstalt haftenden Forderung pr. 10396 fl. 37 fr. 8. W. sammt 5% Zinsen vom 30. April 1865 und einem älteren Zinserückstande pr. 253 fl. 7 fr. C. M. s. N. G. wiederholt auf Grund der mit h. g. Edicte vom 24. August 1858 3. 11637 fundgemachten Teilbietungsbedingnisse zwei Teilbietungstermine auf den 16. Januar und 16. Februar 1866 um 10 Uhr Vormittags mit dem Bedenken angeordnet werden, und daß für den Fall, als jene Güter an diesen zwei Terminen nicht über, oder wenigstens um den Schätzungspreis von 6052 fl. 4 fr. C. M. oder 63547 fl. 12 fr. 8. W. auf Mann gebraucht würden, zur Vernehmung der Saßgläubiger wegen Feststellung erleichtender Teilbietungsbedingungen eine Tagssatzung auf den 16. Februar 1866 um 11 Uhr Vorm. anberaumt wird, worauf dann der dritte Teilbietungstermin ausgeschrieben wird, an welchem jene Güter auch unter dem SchätzungsWerthe hintangeben werden.

Z. c. k. Sądowi powiatowemu jako Sąd czyni sie wiadomo, że w dniu 3 sierpnia 1855 roku w Raciborsku zmiał Jan Bodzioch z pozostaniem majątku, do którego wedle prawnego dziedzictwa jest powołany jego syn Marek raczej Mateusz Bodzioch. Sąd nie znając pobytu tego Mateusza Bodziocha wzywa takiego, żeby w przeciągu roku jednego, od dnia niżej wyrażonego licząc, zgłosił się w tymże Sądzie i oświadczenie się za dziedzica wniosł, w przeciwnym bowiem razie spadek byłby pertraktowany z dziedzicami, którzy się zgłosili i z kuratorem Marcinem Świeciowice dla niego ustanowionym.

Z. c. k. Sądowi powiatowemu.

Wieliczka, dnia 30 września 1865.

L. 2396. Edykt. (1233. 3)

Przez c. k. Urzad powiatowy jako Sąd czyni sie wiadomo, że w dniu 3 sierpnia 1855 roku w Raciborsku zmiał Jan Bodzioch z pozostaniem majątku, do którego wedle prawnego dziedzictwa jest powołany jego syn Marek raczej Mateusz Bodzioch. Sąd nie znając pobytu tego Mateusza Bodziocha wzywa takiego, żeby w przeciągu roku jednego, od dnia niżej wyrażonego licząc, zgłosił się w tymże Sądzie i oświadczenie się za dziedzica wniosł, w przeciwym bowiem razie spadek byłby pertraktowany z dziedzicami, którzy się zgłosili i z kuratorem Marcinem Świeciowice dla niego ustanowionym.

Z. c. k. Sądowi powiatowemu.

Wieliczka, dnia 30 września 1865.

allen Buch-, Kunst-, Mal- und Zeichen-Requisiten-

Die auf der Londoner Welt-Ausstellung

1862 prämierten

Zeichen-Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin

empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken.

à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr. (1270. 1)

Metereologische Beobachtungen.

Wetterbericht

Handbuch

Wetterbericht

Handbuch

Handbuch